

STUTTGART

STADT & REGION

Von Petra Mostbacher-Dix

Der Ausstellungstitel auf der Fassade des Kunstmuseums hätte nicht besser passen können: „Sieh dir die Menschen an!“ Auf dem Schlossplatz davor haben sich am Samstag etwa 4000 Menschen zur Demonstration versammelt unter dem Motto „Nie wieder ist jetzt - In Vielfalt vereint gegen rechte Hetze“. Geladen zur Kundgebung am Holocaust-Gedenktag hatte die proeuropäische Bewegung Pulse of Europe gemeinsam mit einem breiten Bündnis von Organisationen. Um „ein kraftvolles Zeichen gegen Rechtsextremismus zu senden“, wie Annette Rueß und Sebastian Hoch von Pulse of Europe feststellen.

18 Rednerinnen und Redner aus Politik, Stadtverwaltung, Gewerkschaften, Kirchen, Bildung, Kultur, Initiativen, No-Profit-Organisationen waren sich einig. Während Rainer Wieland (CDU), Vizepräsident des Europäischen Parlaments, den Holocaust-Gedenktag als Mahnung und Motivation für „nie wieder“ sieht, nannte Oberbürgermeister Frank Nopper die Aufarbeitung der Nazi-Diktatur eine große politische Leistung.

„Aber wir sind wehrhaft gegen die Feinde der Demokratie. Wir sind mehr.“

Muhterem Aras,
Landtagspräsidentin

Als „eindrucksvolle Demonstration der Demokratie“ bewertete Landtagspräsidentin Muhterem Aras (Grüne), dass so viele Menschen Gesicht zeigten. „Aber wir sind wehrhaft gegen die Feinde der Demokratie“, die im 75. Jahr des Grundgesetzes wieder an die Macht wollten. Das hätten auch die Journalistinnen und Journalisten bewiesen, die das Geheimtreffen in Potsdam von AfD-Politikern, Neonazis und finanzstarken Unternehmer aufgedeckt hatten. Man müsse alle Möglichkeiten nutzen, die die Verfassung gegen Verfassungsfeinde biete. „Wir sind mehr! Gehen Sie massenhaft zu den Europa-, Regional- und Kommunalwahl am 9. Juni, zeigen sie die Rote Karte!“ Die zu wählenden Anfänge, die seien längst da, meinten nachfolgende Redner wie Grünen-Kreisverbandsvorsitzender Florian Pitschel, der FDP-Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat, Matthias Oechsner, SPD-Kreisvorsitzender Dejan Perc, Tillmann Bollow von Volt Stuttgart. Zitiert wurde die 101-jährige Holocaust-Überlebende Margot Friedländer: „So hat es ja damals auch angefangen.“

CSD-Vorstand Detlef Raasch präzisierter: „Es ist fünf vor zwölf!“, derweil Bärbel Illi von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft schilderte, wie die AfD Gruppen ausspiele, etwa Muslime gegen Juden. „Die AfD-Annäherung an Russland und Iran ist gefährlich unerträglich.“ Das bestätigte Ulyana Wetzler von der Ukraine Demo Stuttgart. „Die Ukraine kämpft für die Demokratie, Freiheit und die Vielfalt Europas.“



„Nie wieder ist jetzt“: Auf dem Schlossplatz zeigen Demonstranten am Holocaust-Gedenktag Flagge für Demokratie.

Foto: Lichtgut/Zophia Ewska

Tausende Menschen demonstrieren für Vielfalt

Erneut treffen sich auf dem Stuttgarter Schlossplatz und an anderen Orten in der Region mehrere Tausend Demonstranten, um für die Demokratie einzustehen.

Dass sich die AfD seit neun Jahren radikalisiere, hat der Katholische Stadtdekan Christian Hermes beobachtet. „Was ich in Foren diskutiere! Wir müssen Menschen zu demokratischen Parteien zurückholen und im Alltag Flagge zeigen.“ Das und eine bessere Migrationspolitik forderte Dilnar Alban von der Amnesty Hochschulgruppe Stuttgart. „Stuttgart bleibt bunt. Niemand kann vorschreiben, was normal ist – Religion, Hautfarbe, Nation, Sprache, Geschlecht, wen man liebt.“ Aus Protest Rassismus und Antisemitismus wählen – der falsche Weg.

Mit Remigration meine die AfD Deportation, betonte Prälaterin Gabriele Arnold, Evangelische Kirche Stuttgart. „Halb Stuttgart wäre weg, wie 1942 – unser Kinderarzt, unsere Nebensitzerin, die Nachbarn!“ Menschen aus der Türkei und anderen Ländern, seit

Jahrzehnten hier beheimatet, hätten Angst, unterstrich Ebru Hazidenar, Vorstandsvorsitzende des Deutsch-Türkischen Forums Stuttgart; und DGB-Regionsgeschäftsführerin Julia Friedrich beschrieb, wie die Rechten in den Betrieben agitierten, Menschen mit Sorgen einfache Lösungen versprächen. „Die gibt es nicht. Wir müssen Chancengleichheit ermöglichen.“

Dazu brauche es gute Bildung, so VHS-Chefin Dagmar Mikasch-Köthner und Claudia Rugart, die mit „Scora yes we care“ (Schools opposing Racism and Antisemitism) deutsche und israelische Schulen zusammenbringt.

Mut machte zum Schluss Dieter Nelle. Der Intendant des Forum Theaters, als Vertreter für die Stuttgarter Theater anwesend, las aus Amanda Gormans Gedicht „Den Hü-

gel hinauf“, das sie bei Joe Bidens Amtseinführung vortrug: „Die Demokratie mag sich zeitweise hemmen lassen, doch nie für alle Zeit verhindern.“

Ähnliche Stimmen gab es am Samstag auf dem Elbenplatz in Böblingen, wo sich mehr als 1000 Teilnehmer versammelten, und in Kirchheim unter Teck (Kreis Esslingen), wo etwa 2000 Menschen gegen rechte Hetze auf die Straße gingen. Am Sonntag waren in Leonberg (Kreis Böblingen) mit 1200 Menschen mehr als doppelt so viele als angemeldet zwischen Marktplatz und Neuem Rathaus für eine bunte Gesellschaft unterwegs. In Esslingen zählten die Veranstalter am Sonntag zwischen 7000 und 8000 Menschen. Auf dem überfüllten Rathaushof in Ludwigsburg sendeten mehr als 7000 Menschen ein Signal für Demokratie und Vielfalt.

Strecke zum Flughafen teils gesperrt

Ab Montag folgt der nächste Abschnitt für den Einbau der neuen Sicherungstechnik im S-Bahn-Netz.

Von Alexander Müller

Eigentlich alles gut: Der Streik der Lokführer ist ausgesetzt, und am Montagmorgen ist auch die zwei Wochen dauernde Sperrung des S-Bahntunnels zwischen der Innenstadt und Vaihingen wieder aufgehoben. Allerdings ist das für die leidgeplagten Pendler in der Region noch kein Grund aufzuatmen: Denn der Umbau des Digitalen Knotens Stuttgart (DKS) geht in die nächste Runde. Betroffen von der Umrüstung auf die neue Sicherungstechnik ist in den kommenden drei Wochen der Streckenabschnitt zwischen den Stationen Vaihingen und Flughafen/Messe.

Von Montag, 29. Januar, 4.30 Uhr bis Montag, 19. Februar, 4.30 Uhr führt dies zu Fahrplanänderungen und Zugausfällen auf den Linien S1, S2 und S3. „Der Grund dafür, ist dass zwischen Vaihingen und Flughafen in dieser Zeit nur ein Gleis in beide Fahrrichtungen zur Verfügung steht“, erklärt ein Bahnsprecher.

Nach der vorläufigen Unterbrechung des GDL-Streiks verkehrt die S1 im 30-Minuten-Takt von Böblingen/Ehningen in Richtung Kirchheim/Teck. In der Gegenrichtung wird die Baustellenlinie S12 von Kirchheim/Teck nach Filderstadt eingerichtet. Als zusätzliches Angebot für den Pendlerverkehr in die Stuttgarter Innenstadt fährt die S1 von Montag bis Freitag im 15-Minuten-Takt zwischen der Station Plochingen und der Haltestelle Schwabstraße.



Drei Wochen steht zwischen Flughafen und Vaihingen für die S-Bahn nur ein Gleis zur Verfügung.

Foto: Lichtgut/Leif Piechowski

Gleiches gilt auch für die S2 zwischen Schorndorf und dem Hauptbahnhof (oben). Ansonsten verkehrt die Remstallinie alle 30 Minuten regulär von Filderstadt nach Schorndorf. In der Gegenrichtung wird allerdings ebenfalls eine Umleitung von Schorndorf nach Böblingen/Ehningen eingerichtet (S21).

Betroffen sind auch die Züge der Linie S3. Diese fahren im 30-Minuten-Takt zwischen Backnang und Stuttgart-Vaihingen, allerdings zu abweichenden Abfahrtszeiten. Alle anderen S-Bahnen der Linien S4, S5, S6/60 und S62 verkehren regulär.

Während der dreiwöchigen Bauarbeiten bietet die Deutsche Bahn einen Busersatzverkehr an: Zwischen Ehningen (Bühlallee) und Herrenberg im 15-Minuten-Takt, zwischen Vaihingen (Bahnhof Ost) und Filderstadt alle 10 bis 15 Minuten.

→ Weitere Infos unter bahn.de, im DB-Navigator oder unter vvs.de.

Rats-CDU fordert Bezahlkarte für Geflüchtete

Fraktionschef Alexander Kotz will nicht auf eine Bundeslösung warten, diese werde zu lange dauern.

Von Mathias Bury

Die Ratsfraktion der CDU im Stuttgarter Gemeinderat drückt bei der möglichen Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete aufs Tempo. In einem Antrag an die Verwaltung fordert sie die Stadt auf, eine solche Karte „zeitnah in Stuttgart einzuführen“. Dieser Schritt soll die Attraktivität für Geflüchtete, hierherzukommen, reduzieren, weil Geldtransfers in die Heimatländer oder an Schlepper unmöglich wären. „Deutschland ist mit seinen hohen Sozialleistungen Anziehungspunkt für Flüchtlinge und Migranten aus der ganzen Welt“, schreibt die Unionsfraktion. Besonders attraktiv sei, „dass sie über das monatliche Geld, welches ihnen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zusteht, frei verfügen können“. Dies mache es möglich, dass die Geflüchteten Teile des Geldes auch ins Ausland überweisen könnten.

Dabei beruft sich die Unionsfraktion auf „Schätzungen der Bundesbank bezüglich Geldtransfers ins Ausland“. Danach seien

durch Geflüchtete und Migranten im Jahr 2022 etwa „nach Syrien 407 Millionen Euro geflossen, in die Ukraine 360 Millionen Euro, nach Afghanistan 162 Millionen Euro und in den Irak 120 Millionen Euro“, heißt es in dem Antrag. Dabei seien „Überweisungen unter 12 500 Euro“ gar nicht meldepflichtig, weshalb die tatsächlichen Geldflüsse ins Ausland noch „deutlich höher liegen“ dürften, so die CDU-Fraktion.

Zu viel des Geldes fließe ins Ausland, sagt die CDU. Schlepper würden davon auch bezahlt.

Da von staatlichem Geld, das ins Ausland fließt, häufig Schlepperbanden bezahlt würden, die den Menschen „den illegalen Weg nach Europa ermöglicht haben und da Überweisungen ins Ausland

eine Zweckentfremdung der Asylleistungen darstellen, sehen wir Handlungsbedarf“, betont die Union. Mit der Einführung einer Bezahlkarte für Flüchtlinge und Migranten, die sich im Asylbewerberleistungsgesetz befinden, „möchten wir dem Problem begegnen“. Das entspreche auch aktuellen Umfragen, aus denen deutlich werde, dass die Bürgerinnen und Bürger im Land mit „überwältigender Mehrheit eine restriktivere Asylpolitik fordern“.



Geldtransfers verhindern: Die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete ist auch im Bund ein Thema.

Foto: dpa/Philipp von Dittfurth

CDU-Fraktionschef Alexander Kotz betont dabei auf Anfrage, es sei gut, wenn große Teile der Bevölkerung auf die Straße gingen und damit deutlich machten, „dass sie mit Rechtsextremismus, der AfD und den Vorgängen in Potsdam nichts zu tun haben wollen“. Allerdings sei damit nichts erreicht gegen „die Ursachen der Stimmung“, die derzeit der AfD sehr hohe Zustimmungswerte beschere. Viele Menschen seien der Meinung, dass die Zuwanderung reduziert wer-

den müsse, die gegenwärtige Politik das aber „nicht in den Griff kriegt“.

Zwar habe auch die Bundesregierung dies erkannt, und die Ministerpräsidenten der Länder hätten die Einführung einer Bezahlkarte beschlossen. Aus Sicht des CDU-Fraktionschefs im Stuttgarter Gemeinderat werde dies angesichts der gesellschaftlichen Dynamik bei diesem Thema aber zu lange dauern. „Deshalb sollte der Stadtkreis Stuttgart hier vorangehen“, fordert Alexander Kotz.

Alarm: Bundespolizei sperrt Hauptbahnhof

STUTTGART. Um drei verdächtige Männer festnehmen zu können, hat die Bundespolizei am Sonntag den Hauptbahnhof zwischen 11.10 und 12.20 Uhr komplett gesperrt. Weil der Zugverkehr ohnehin im streikbedingten Notfallmodus rollte, waren die Auswirkungen nicht so groß wie an normalen Sonntagen. Über die Hintergründe der Festnahme machte die Bundespolizei keine Angaben. Angesichts der kugelsicheren Ausstattung der Einsatzkräfte und den offenbar vorausgegangenen Hinweisen auf das Trio, könnte etwa ein Verdacht des Verstoßes gegen das Waffengesetz vorliegen, den nun die Landespolizei ermittelt. Am Nachmittag war das Trio jedenfalls nicht auf freiem Fuß. wdo